

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierspaltige Zeitspalte oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 63.

Dienstag, den 15 März 1904

11. Jahrg.

Siehe eine Beilage.

Rußland und Japan.

Eine recht seltsame Kunde, in der sich die vollendete Ratlosigkeit der russischen Heeresleitung ausdrückt, kommt von der russischen Mandschuren-Armee: die Heeresleitung hat sich gezwungen gesehen, den Vormarsch der Truppen auf den Kriegsschauplatz plötzlich zu sistieren und ein ganzes Armeekorps mitten auf dem Wege zurückzuhalten. Aus dem russischen Hauptquartier zu Mukden wird unter dem 11. März gemeldet: „Infolge der verschiedenartigen und entgegengesetzten Mitteilungen von Landungen japanischer Truppen an verschiedenen Punkten und weiteren Absichten der japanischen Heeresleitung ist das in Karbin eingetroffene Armeekorps vom Feldstabe dajelbst zurückgehalten worden. Da sehr starke Fröste eingetreten sind, macht die geeignete Unterbringung dieser großen Truppenmasse gewisse Schwierigkeiten.“ Offenbar hat es die russische Heeresleitung weder verstanden, sich in strategischer Hinsicht genügend auf alle Eventualitäten vorzubereiten, noch hat man diejenigen Vorkehrungen getroffen, die im Hinblick auf die Nahrungsaufgabe der Unterbringung und Verproviantierung einer so großen Armee erforderlich gewesen wären. Wahrscheinlich ist auch schon jetzt das eingetretene, was Kenner der Mandschuren von Anfang an vorausgesagt haben: die mandschurische Eisenbahn, von deren Leistungsfähigkeit das Wohl und Wehe der russischen Feldtruppen im Kriege abhängt, hat versagt, und die auf den Kriegsschauplatz entsandten Streitkräfte sehen sich nun den Unbilden des harten sibirischen Winters und bald wohl auch dem grimmigsten Feinde, dem Hunger, preisgegeben.

Daß die Verpflegung der russischen Krieger höchst mangelhaft ist, erfährt man aus einer Korrespondenz, die dem „Vorwärts“ von privater Seite aus Rußland zugegangen ist, und die ein ganz anderes Bild von der Mobilisation der russischen Armee gibt, als die offiziellen und offiziellen Berichte der zarischen Presse. Um es kurz heraus zu sagen, so heißt es in der Korrespondenz des „Vorwärts“, es fehlt so ziemlich an allem! „Schon vor der grauenhaftesten Kälte (bis 30 Grad Reaumur!) sind die armen Soldaten, die man jetzt herdentweise in den Waggons nach Ostasien transportiert, nicht entfernt geschützt. Die Waggons sind ungeheizt, entgegen den lügenhaften Versicherungen der Intendantur. Wie es aber um die Verpflegung bestellt ist, erhellt aus der folgenden Meldung: Auf den Eisenbahnstationen, wo die Truppen länger halt (4 Stunden) machen, werden die Läden mit Viktualien von den Soldaten geplündert. Die Offiziere lehnten es ab, dieser Krawalle Herr zu werden, und geben den Ladeneinhägern nur den Rat, vor Ankunft der Transportzüge die Läden zu schließen. Seit diese Maßregel angewandt wird, werfen sich die stationierenden Soldaten auf umliegende Dörfer und plündern die Häuser der Dorfeinwohner! So überfiel auf der Station Sessowo im Gouvernement Tambow eine Soldatenmenge aus 2200 Mann den Dorfmarkt und plünderte alle Marktstände aus. Die Bauern setzten sich mit Knüppeln zur Wehr und zogen sich zurück erst, als die Patronen mit bewaffneter Hand eingriffen. In den Städten gehen die Soldaten vor der Abfahrt betteln.“

Und, man merke sich wohl: Das passiert alles nicht etwa schon auf dem Kriegsschauplatz oder in dessen Nähe, im fernen Osten, nein das Gouvernement Tambow liegt mitten im europäischen Rußland, etwas südlicher von Moskau. Der Hunger, die Blinderung, die Bettel der Soldaten, die Krawalle ereignen sich also gleich zu Beginn der Mobilisation! Wie mag das erst drüben in Ostasien ausfallen, und wie wird sich die Verpflegung der armen „Zwanz“ bei längerer Dauer des Krieges gestalten! Daß unter solchen Umständen die Kriegsbegeisterung in Rußland nicht groß sein kann, wenn nicht schon andere Gründe dabei mitwirken, ist leicht begreiflich. Die jungen Kräfte, ob Bauern oder sog. Intellektuelle, fliehen denn auch massenhaft ins Ausland, um sich der Pflicht, als Soldat nach Ostasien geschickt zu werden, zu entziehen. Am Donnerstag trafen, nach einer Laffan-Meldung, allein 2060 russische Bauern, meistens in jugendlichem Alter stehend, mit dem Dampfer „Walbersee“ in Newyork ein. Die meisten von ihnen haben ihr gesamtes Eigentum im Stich gelassen. Die Russen wurden sämtlich in den Detentionsräumen in der Ducht von Newyork untergebracht, wo sie verbleiben sollen, bis die Schiedungen darüber, ob ihnen die Einwanderung zu gestatten ist, abgeschlossen sind.

Allmählich wird es jetzt möglich, ein Bild von den kriegerischen Ereignissen zu gewinnen, die sich am letzten Donnerstag vor Port Arthur abgespielt haben. Während die bisherigen Berichte, die Statthalter Alexjew auf Grund des ihm zur Verfügung stehenden Materials dem Zaren gesandt hat, so kurz und fragmentarisch waren, daß man von dem Endresultat der jüngsten Kämpfe gar nichts

und von den Einzelheiten nur sehr wenig erfährt, liegt jetzt von Admiral Makarow selbst, dem neuen Kommandanten der in Port Arthur stationierten russischen Flotte, eine ausführliche Darstellung dieser Vorgänge vor. Nach den Angaben Makarows sind zwei getrennte Aktionen zu unterscheiden: ein einleitender Kampf zwischen russischen Torpedobooten und einer Abteilung des japanischen Geschwaders, bei dem auf beiden Seiten je ein Torpedoboot seinen Untergang gefunden hatte und im Anschluß daran ein Bombardement Port Arthurs durch das japanische Geschwader. Der Rapport Makarows ist aus Port Arthur am Donnerstag an den Statthalter Alexjew nach Mukden abgegangen und von diesem in der üblichen Weise telegraphisch an den Zaren weitergegeben worden. Admiral Makarow meldet: „Die sechs Torpedobooten, welche unter dem Kommando des Kapitäns Matuffewitsch in der Nacht vom 10. d. M. in See gegangen waren, flogen auf feindliche Torpedobooten, die von Kreuzern verfolgt waren. Es kam zu einem heftigen Kampfe, in dessen Verlauf das Torpedoboot „Wlastny“ ein feindliches Torpedoboot durch eine Whiteheadmine zum Sinken brachte. Auf der Rückfahrt erlitt das vom Leutnant Serguejew befehligte Torpedoboot „Steregutschy“ Havarie, verlor seine Maschine und begann zu kentern. Um 8 Uhr früh kehrten 5 Torpedobooten zurück. Als die Lage des „Steregutschy“ offenbar sehr kritisch wurde, hißte ich meine Flagge auf dem „Nowik“ und eilte ihm zu Hilfe. Aber 5 feindliche Kreuzer umringten unsere Torpedobooten, und das feindliche Panzergeschwader näherte sich. Es gelang mir nicht, den „Steregutschy“ zu retten, welcher sank. Ein Teil der Besatzung geriet in Gefangenschaft, ein Teil ertrank. Von der Besatzung der Schiffe, die an dem Nachtgefechte teilnahmen, wurden ein Offizier schwer und drei leicht verwundet, 2 Soldaten sind tot, 18 verwundet. Um 9 1/2 Uhr eröffneten 14 feindliche Schiffe, die sich vor Port Arthur gesammelt hatten, ein Bombardement auf die Stadt, welches bis 1 Uhr nachmittags dauerte. Ich nehme an, daß der Feind hierbei 154 Geschosse zwölfzölligen Kalibers abfeuerte. Die Beschädigungen der Schiffe sind unbedeutend, dieselben sind alle kampffähig. Unsere Verluste sind: 1 Offizier leicht verwundet, 1 Soldat tot, 4 verwundet. Die Erhellung des Kampfes durch Scheinwerfer gelang sehr gut; wiederholte Salven unserer Batterien zwangen die feindlichen Torpedobooten zum Rückzug. Des Morgens bei Beginn des Bombardements antworteten die Geschütze der Festung auf das feindliche Feuer. Die Besatzungen aller Schiffe bewiesen große Kaltblütigkeit, auf dem Zwischendeck wurden überall die gewöhnlichen Arbeiten fortgesetzt, trotzdem feindliche Geschosse einschlugen. Der japanische Kreuzer „Takassogo“ scheiterte erhebliche Beschädigungen erlitten zu haben. Bei dem Gefecht der Torpedobooten mit den japanischen Kreuzern wurden leicht verwundet Kapitän Matuffewitsch, Fähnrich Alexandrow, Maschinist Blinow, schwer verwundet Fähnrich Jazov (Verlust des rechten Auges).“ So weit der Bericht Makarows. General Stoessel, der Kommandant über das Bombardement: „Als der Feind das Feuer eröffnete, antworteten unsere Batterien. Sechs feindliche Schiffe, die hinter dem Leuchtturm Lautschan hielten, schossen aus ihrer geschützten Stellung auf die Festung. Um 1 1/2 Uhr nachmittags hörte das Bombardement auf. Der Feind gab etwa 200 Schuß ab; ein von der Batterie Nr. 15 abgefeuertes Geschöß beschädigte einen japanischen Kreuzer schwer. Das feindliche Bombardement richtete nur unerheblichen Schaden an. Sechs Soldaten wurden getötet, in der Stadt wurden drei Personen getötet und eine schwer verwundet. Offiziere und Mannschaften der Strandbatterien legten musterhafte Beweise von Mut, vollendeter Manneszucht und großer Schießsicherheit ab.“ Das wäre die russische Version. Ein japanischer Bericht wird wohl nicht lange auf sich warten lassen, und ein Vergleich dieser beiden Darstellungen wird dann ein ungefähr zutreffendes Urteil über die Bedeutung der ganzen Aktion gestatten. Private Meldungen, die über das neuerliche Bombardement Port Arthurs schon vorliegen, wissen zu berichten, daß der Schaden in Port Arthur doch erheblich größer ist, als die russischen offiziellen Nachrichten zugeben. So erhält die Londoner „Daily Mail“ aus Tientsin nachstehendes Telegramm: „In Yingtols kamen Sonnabend russische Offiziersfrauen aus Port Arthur an. Sie teilten mit, daß die japanische Flotte das westliche Fort in der Nacht zum Donnerstag sieben Stunden hindurch bombardierte. Die japanischen Geschosse haben viel Schaden angerichtet. 38 Personen wurden getötet, über 100 verwundet. Die russische Flotte, die im Hafen blieb, griff in das Gefecht nicht ein. Weiteren Mitteilungen der Damen zufolge herrschte eine bittere Stimmung gegen die Amerikaner und gegen die Engländer. Zwischen den russischen See- und Landoffizieren seien ernste Mißverständnisse ausgebrochen. Letztere sprechen von den letzteren als

Feindlingen. Mangel an Munition für Kleinkalibrige Geschütze beginnt sich fühlbar zu machen. Dr. Gilchrist, ein englischer Ingenieur, besserte den „Retwisan“ aus. Die russischen Behörden halten ihn in Port Arthur wider seinen Willen zurück.“ Nach einer offiziellen Meldung der „Russ. Telegr. Agentur“ hat durch das Bombardement am meisten die Neustadt von Port Arthur gelitten. Durch eine trepierende Granate wurde ein Unwast, die Tochter eines Obersten und eine andere Dame getötet. Ferner erlitt ein Chinese den Tod. Auch wurden einige Chinesen und ein Russischer verwundet. Der Kommandant General Stissel und sein Stab entgingen auf der Batterie mit genauer Not der Gefahr, durch Granatplitzer verwundet zu werden. Auf dem Goldenen Berge wurden ein Leutnant und ein Soldat verwundet und an der elektrischen Scheinwerferstation zwei andere Soldaten. Im Uebrigen bestätigt auch diese Meldung, daß ein japanisches Panzerschiff von einem russischen Geschöß getroffen wurde und sich danach langsam entfernte. Freitag war vor Port Arthur alles ruhig. Die japanische Flotte wurde nirgends gesichtet.

Der „Kölnischen Ztg.“ sind aus chinesischer Quelle Nachrichten zugegangen, nach welchen die Japaner bei Latunkau gelandet seien, dort die russischen Truppen geschlagen und Kintientschau und Antung besetzt hätten. Die „Köln. Ztg.“ bemerkt dazu, wenn diese Nachricht sich bewahrheitete, würden die Japaner nahezu im Rücken der russischen Aufstellung stehen.

Eine Depesche der „Daily Mail“ aus Tschifu vom 11. d. M. meldet über die Eindrücke bei einem Besuche der koreanischen Westküste: In Tchemulpo und anderswo tritt unter dem bedeutenden Eindruck der großen, glatt arbeitenden japanischen Organisation der vollständige Umschwung der Stimmung der Bevölkerung hervor, welche heute bereitwillig jede beliebige Zahl von Arbeitern stellt. Die Gesamtzahl der bisher in Korea gelandeten Truppen schätzt der Berichterstatter auf 70 000 Mann. Nach einer Depesche der „Daily Mail“ aus Seoul hat japanische Kavallerie bei Andschu fortwährend Fühlung mit den Kosaken, ohne daß es jedoch zu Gefechten käme. Ein anderer Berichterstatter der „Daily Mail“, der mit einem russischen Nachrichtenoffizier aus Dsjanjang die russischen Vorposten und sämtliche Bahnhöfe nördlich von Schanghaiwan besucht haben will, bestätigt die strenge Neutralität der chinesischen Behörden. Die britischen und amerikanischen Kanonenboote haben Befehl, sobald der Fluß offen ist, Tschou zu verlassen. Die Russen machen ernste Anstalten zur Verteidigung des Hafens.

Das „S. T.“ erhielt eine Depesche des „Star“ aus Kobe, wonach die russische Kavallerie Witschon am Salufusse in Brand gesteckt und sich dann über den Salu zurückgezogen habe. Nach demselben Blatt bilden die drei japanischen Divisionen, welche bis jetzt auf koreanischem Boden gelandet sind, die erste japanische Armee unter dem Oberbefehl des Generals Kuroki.

Sonnabend wurde in Tokio eine Kabinettsitzung abgehalten, woran auch die alten Staatsmänner teilnahmen. In der Sitzung wurde beschlossen, 50 Millionen Yen durch Aufhebung von öffentlichen Arbeiten und 70 Millionen durch Auflegung einer Kriegsteuer aufzubringen.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote.“)

Berlin, den 12. März 1904.

Der erste Sammelsprung.

Die Sitzung des deutschen Parlaments am Sonnabend nahm einen recht unerwarteten Ausgang. Zur Verhandlung stand die Frage der Vermehrung des Unteroffizierskorps. Die Regierung hatte 765 neue Unteroffiziersstellen gefordert. In der Budgetkommission hatte das Zentrum sich wieder einmal in der Gerbe der Opposition gefallen, und mit seinen Stimmen war die ganze Forderung gestrichen worden. In der Zwischenzeit zwischen diesem Beschluß und der zweiten Lesung des Militäretats ist nun, wie üblich, hinter den Kulissen gespielt und der programmatische Umschwung des Zentrums vorbereitet worden. Angelehnt der Jesuitenbewilligung des Bundesrats konnte das Zentrum unmöglich länger verharren, daß wenigstens der größte Teil der neu geforderten Unteroffiziersstellen unumgänglich notwendig sei. Eine Ausrede war leicht gefunden: da jetzt so viel von Militärmaßnahmen gesprochen wird, müssen mehr Unteroffiziere für die Infanterie bewilligt werden, damit ihre Überlastung verhindert und ihre Arbeitskraft geholt werde. Mit diesem „Grunde“ war am Freitag Herr Spahn ins Feld gerückt und hatte die Bewilligung von 650 neuen Unteroffiziersstellen beantragt. Der Kriegsminister hatte auch eilig zugesagt und erklärt, daß ihm dieser Sperrling in der

hand über sei, als die Taube auf dem Dache, was ihm um so weniger zu verdenken ist, als dieser Sperling ja recht fett ist. Somit schien alles in bester Ordnung zu sein. Da vollzog sich ein plötzlicher Frontwechsel bei den Konservativen. Am Sonnabend erklärte nämlich Graf Kanitz, daß seine Partei unter keinen Umständen auf den Boden des Antrags Spahn treten werde. Sie stelle sich auf den Standpunkt: alles oder nichts und werde deshalb mit den Nationalliberalen für die ungekürzte Regierungsforderung, die vom Kriegsminister selber bereits in Stich gelassen war, stimmen. Der Sinn dieses parlamentarischen Klappspiels liegt auf der Hand. Die Rechte will nach oben betunden, daß sie in Militärfragen die einzig zuverlässige Partei sei, und daß sie, wenn in ihrem Sinn registert werde, ein noch bequemerer Säge-Apparat sein würde, als das Zentrum. — Genosse Ledebour lieferte eine wichtige und pointierte Kritik dieser Vorgänge. Mit köstlichem Humor schilderte er besonders den militärischen Francozustand der Nationalliberalen und die Intimität des Verhältnisses zwischen Zentrum und Regierung. Genosse Bebel führte den militärischen Herrn Schrader von der Freisinnigen Vereinigung ab, der uns geraten hatte — es gibt doch noch wahrhaft gute Menschen! — für die Fortsetzung der Regierung zu stimmen, da wir ja doch auch bereit seien, für das Vaterland im Falle der Not zu kämpfen. Unser Redner führte den Nachweis, daß wir aus prinzipiellen Gründen die Fortsetzung abzulehnen hätten, für die, auch praktisch genommen, kein Anlaß vorläge. Nützt doch die Ueberlastung der Unteroffiziere nicht aus ihrer zu geringen Zahl her — schon jetzt kommt ein Unteroffizier auf 6 Gemeine — sondern aus ihrer Inanspruchnahme für Ueberanstrengungen, wie der Paradebrill es ist. — Das Ergebnis der Abstimmung war zweifelhaft und so mußte der erste Hammelprung der Session vorgekommen werden. Dieser ergab die Beschlunfähigkeit des Hauses. Ob am Montag diese Klippe überwunden sein wird, erscheint zweifelhaft.

56. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratslich: v. Einem.
Die Genehmigung zur Vernehmung des Abgeordneten v. Staudy (R.) als Zeuge vor dem Amtsgericht in Posen wird gemäß dem Kommissionsantrag versagt.
Darauf wird die zweite Lesung des Militäretats fortgesetzt bei Kap. 24 Geldverpflegung der Truppen, Titel 7 Mannschaften.
Die Regierungsvorlage verlangt hier 765 neue Unteroffiziere; die Kommission hat diese neuen Stellen sämtlich gestrichen; ein Antrag Graf Oriola (R.) will die Regierungsvorlage wiederherstellen; ein Antrag Dr. Spahn (Z.) will 650 neue Unteroffiziere (aber erst vom 1. Oktober 1901 an) bewilligen.
Graf Kanitz (R.): Ueber die überraschende Sinnesänderung des Zentrums, die zu dem Antrag Spahn geführt hat, will ich mich hier nicht näher äußern. Jedemfalls denken wir gar nicht daran, uns auf den Boden dieses Antrags zu stellen. Meine politischen Freunde halten es im Hinblick auf die große bevorstehende Militärvorlage für notwendig, schon jetzt der Regierung die notwendigen Mittel für unser Heer zu bewilligen und werden insoweit für den Antrag Oriola eintreten. Ein Vergleich mit der französischen Armee zeigt, daß sie uns an Zahl und Höhe des Soldes der Unteroffiziere weit übertrifft. Die von uns verlangte Aufbesserung würde 6-7 Millionen Mark kosten. Das ist bei einem Militäretat von 511 Millionen sehr wenig. Dafür können wir z. B. die unnützen Ausgaben für die Weltausstellung in St. Louis streichen. (Aha! bei den Soz.) Wenn die Regierung endlich die Handelsverträge kündigen wollte, hätten wir sofort 120 bis 150 Millionen Mehreinnahme. (Sehr richtig! rechts.) Die Sozialdemokratie hat sich wieder bemüht, die unvermeidlichen kleinen Schwächen der Heeresorganisation ans Licht zu ziehen. Das hätte kein französischer Sozialist getan. Bewilligen Sie die Summe, die für die Erhaltung unserer Behäufnisse dringend notwendig ist. (Lebhafter Beifall rechts.)

Zu diesem Titel fordert eine Resolution der Budgetkommission, die Rezession zu Hebrungen möglichst nicht während der Erntezeit einzubringen und eine Resolution des Zentrums darüber hinausgehend Zuschläge vom Reich zu den Einheitsabgaben für die durch Einquartierungsstellen besonders schwer betroffenen Gemeinden.

Ledebour (SD.): Wir werden für die Resolution der Budgetkommission stimmen: wir treten jederzeit für die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft ein, soweit sie nicht darauf hinauslaufen, die große Masse des Volkes mit neuen Lasten zu belegen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Dagegen können wir uns mit dem Zentrumsantrag, der entgegen einem hauptsächlich unter Mitwirkung des Zentrums herbeigeführten Kommissionsbeschluss 650 Unteroffizierstellen bewilligen will, nicht einverstanden erklären, noch weniger natürlich mit dem Antrag Oriola. Die Gründe, die Herr Schrader aufzählt, können die veränderte Stellung seiner Partei durchaus nicht erklären. Er meinte, eine Entlastung der Unteroffiziere sei im Hinblick auf die Militärausgaben wünschenswert. Das ist auch in der Kommission schon ausführlich behandelt worden, und das Zentrum hat doch dagegen gestimmt. Die Entlastung würde bei 3000 Unteroffizieren auch nur ein Fünftel betragen. Das kann umso weniger der Grund sein, als Sie die vorräumlichen Mittel zur Bekämpfung der Mißhandlungen rundweg abzulehnen haben. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Der wahre Grund ist vielmehr, daß der Bundesrat der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes zugestimmt hat. Heute er das ganze Jesuitengesetz aufgehoben, so würde das Zentrum auch den Antrag Oriola annehmen. (Sehr richtig! und sehr gut! h. d. Soz.) Bei dieser Lage, die auch Graf Oriola klar war, hätte er sich doch nicht scheuen können, die er mit so großer Grundbegeisterung an den Kriegsmilitär richtete, ob dieser sich mit dem Antrag Spahn einverstanden erklären würde. Der Kriegsmilitär fragte mit der Schärfe eines jungen Mädchens auf einem ersten Ball (gr. Heiterkeit) Herrn Spahn nach dessen Willen und dessen gütigen Antworten bestrich er ihn. So wird in Deutschland Politik getrieben: Das wichtigste wird hinter den Vorhang gezogen und die Parlamente gehen nur die Scheintheater. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Dem Grafen Oriola haben die Redner des Herrn v. Schrader nicht schmecken lassen. Aber er hat den unglücklichsten Augenblick zu seiner Rede gewählt und in einer verwerflichen Sprache (große Heiterkeit) gegen Verhörungen von uns gesprochen, die er nur im Traum gehört haben kann. — Graf Kanitz hat unsere Kritik der Mißstände in der Armee nicht als unrichtig bezeichnet. Wenn derselbe Vorwurf auch unserer parlamentarischen Gegner aus den dortigen Betrieben, den Nationalisten, gemacht. Und doch hat Herr Kanitz seinen Platz an der Spitze des Kampfes gegen die Korruption in der Armee nicht verlassen. (Sehr richtig!) Wenn überhaupt eine Rede mehr hätte, aber in

Sozialistenbücherei zu enden. Das beweist uns, daß wir auf dem richtigen Wege sind! Dieser Weg wird uns auch zum Siege führen! (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialisten.)

Dr. Stockmann (Rp.): Wir stehen in dieser Frage auf dem Standpunkt des Grafen Kanitz und hoffen, daß auch das Zentrum noch die Regierungsvorlage akzeptieren wird.

Kriegsminister v. Einem: Daß in der durch die Resolution Schrader angedeuteten Richtung etwas geschehen muß, ist unzweifelhaft. Ich möchte aber Herrn Schrader in Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses bitten, sich damit einverstanden zu erklären, daß diese Frage erst in der Budgetkommission bei Gelegenheit des Reservistenrechts behandelt wird.

Schrader (Zp.) stimmt der Anregung des Kriegsministers zu.

Das Haus beschließt demgemäß.

Schrader (Zp.): Auf die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit, von der die Bewilligung der neuen Unteroffizierstellen abhängig gemacht wurde, lege ich jetzt nicht mehr so großen Wert. Kein Kriegsminister wird wagen, die zweijährige Dienstzeit je wieder zu beseitigen. (Sehr richtig! links.) Eigentlich sollte doch auch die Sozialdemokratie die neuen Unteroffizierstellen bewilligen. Herr Bebel hat ja selbst gesagt, auch seine Partei werde das Vaterland verteidigen. Warum will das Zentrum nicht die volle Forderung bewilligen? Hier ist kleinliche Sparsamkeit wenig angebracht. (Leb! Bravo! bei der Freis. Vereinigung.)

Kapfisch (Zp.) wünscht Beseitigung der Konkurrenz der Militärkapellen gegen die Zivilmusik.

Generalmajor Sigt von Arnim erklärt, eine kaiserliche Verordnung der letzten Zeit habe verschärfte Aufsicht über die außerdienstliche Tätigkeit der Militärkapellen angeordnet.

Bebel (SD.): Wir haben absolut keinen Grund, diese Forderung zu bewilligen, wie Herr Schrader meinte. Die Armee wird uns immer mehr als ein Bollwerk gegen die Sozialdemokratie, als den inneren Feind, hingestellt. Sollen wir ein solches System unterstützen? Kein Sozialdemokrat wird zum Unteroffizier befördert. Die Armee ist eine durch und durch undemokratische Einrichtung, die noch dazu durch Zölle und Verbrauchssteuern, also gerade durch Belastung der ärmsten Volksschichten unterhalten wird. Auch praktisch ist die Mehrforderung unübersichtlich. Schon heute kommt auf je 6 Soldaten ein Unteroffizier. Die Unteroffiziere sind zwar überlastet, aber nicht, weil sie zu wenig wären, sondern infolge des unnötigen Drills, der Parade-märsche usw. An einer vollständigen Reorganisation des Heeres werden wir stets mitarbeiten. Graf Kanitz machte uns wieder den Vorwurf, daß wir durch unsere Kritik dem Ausland dienen. Aber meine neuliche Rede ist in der chauvinistischen Presse Frankreichs als Produkt von überschäumendem deutschen Patriotismus hingestellt und gegen die französischen Sozialdemokraten ausgespielt worden. (Lachen rechts.) Die französische Bourgeoisie handelt hier genau so, wie die deutsche. Fahren Sie nur so weiter fort, unser Schicksal wird es auch in Zukunft nicht sein! (Beifall h. d. Soziald. Auf rechts: Jetzt geht's rückwärts!)

Damit schließt die Debatte.

Die Abstimmung über den Antrag Oriola (R.) bleibt zweifelhaft. Es muß der „Hammelprung“ vorgenommen werden. Dabei stimmen 74 Abgeordnete die Rechte, die Nationalliberalen und die Freisinnige Vereinigung mit Ja, 78 Abgeordnete (das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Polen und die Freisinnige Volkspartei) mit Nein. Die Sitzung muß somit wegen Beschlunfähigkeit abgebrochen werden.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 3 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland

Reichstagsauflösung oder nicht? Unter einigen Gesäupfen auf den „Vorwärts“, der seine, von uns wieder-gegebene Nachricht sich „leiblich aus den Fingern gelogen“ habe, gibt die Dattelige „Deutsche Tagesztg.“ zu: „Konkret liegt jetzt absolut nicht in der Luft. Es würde auch sehr komisch sein, wenn schon im ersten Jahre ein Reichstag aufgelöst werden sollte, von dem die „Nordd. Allg. Ztg.“ unmittelbar nach seiner Wahl sagte, er sei gar nicht so schlimm, wie er aussehe. Dagegen wird die Wahrscheinlichkeit einer Reichstagsauflösung im nächsten Jahre nach menschlicher Voraussicht vorliegen. Die Heeresvorlage wird zwar bescheiden sein und kann Anlaß zu ernstem Konflikt geben, wir werden aber, wenn nicht alle Zeichen trügen, mit einer Marinevorlage rechnen müssen, die den Keim zu Konflikten recht wohl in sich bergen kann. Deshalb möchten auch wir die Abweisung an unsere Freunde im Lande rufen, ihrerseits auf dem Boden zu sein und das Pulver trocken zu halten.“ — Konkret liegt immer vor, wenn die Reaktion will. Es ist auch gar nicht ausgeschlossen, daß eine heimliche Abmachung der Bundesstaaten besteht, die Gewährung von Diktat an die Bedingung einer Verzichtserklärung des Reichstagswahlrechts zu knüpfen. Es liegt also alle Ursache vor, häufig auf dem Boden zu sein.

Die Reichstagsdiäten. Gegenüber gegenseitigen Klagen erzählt die „Frf. Ztg.“, daß Graf Bülow in aller Stille und nicht ohne Rücksicht auf Erfolg daran bemüht ist, den Widerspruch gegen die Einführung von Diäten für Reichstagsmitglieder zu beseitigen. In eigenen politischen und parlamentarischen Kreisen regnet man bestimmt auf Erfolg. Die Einführung werde wesentlich von der Gesinnung im Abgeordnetenhaus abhängen. Man will beim Reichstags eine unnötige Ausdehnung der Session vermeiden und deshalb die Anwesenheitsdiäten für den einzelnen Tag hoch bemessen, die Schanzenscheit aber gegenüber entsprechend der normalen Dauer der Session von 6-7 Monaten beschränken.

Die kommende Marinevorlage. Dittmar wird dem „Frf. Vor.“ aus Berlin gemeldet: „Die neuen Marinevorlagen legen das Hauptgewicht auf eine ernste Verstärkung der heimischen Schiffsflotte; die Verstärkung der Auslandskreuzer steht erst an zweiter Stelle.“ — Strenggehalt, ist Geld in einembeutel, ist Geld in einembeutel!

Gegen die Wahl des Antisemiten Raab in Eisenach-Schmalfelden ist seitens der Freisinnigen Volkspartei am Sonnabend ein Wahlprotest beim Reichstag eingeleitet worden. — Schon gleich nach der Wahl hatten freisinnige Wähler die Behauptung aufgestellt, daß die Wahl Antisemiten für ungültig erklärt werden müsse, weil der in die Stichwahl gelangte sozial-

demokratische Kandidat Hugo überhaupt nicht wählbar sei, da seine Frau und sein Kind sich für Rechnung des Landarmen-Verbandes im Kasseler Land-Krankenhaus befänden. Hierzu wurde jedoch der „Leipz. Volksztg.“ gemeldet: „Wir können konstatieren, daß der Fonds des sogenannten Landarmen-Verbandes eine noch aus turkeystischen Zeiten stammende Stiftung privater Natur ist. Die Zuwendungen aus dieser Stiftung sind bisher immer als Stipendien angesehen worden, die ja bekanntlich die Wahlfähigkeit nicht beeinträchtigen, sonst wäre ja mancher hohe Beamte, dessen studierende Söhne Stipendien beziehen, des Wahlrechts beraubt. Ja, man könnte dann sogar die Bezüge der Domherren als Armenunterstützung ansehen.“ Aus der lakonischen Meldung der „Frf. Ztg.“ ist nun allerdings nicht ersichtlich, ob sich der freisinnige Wahlprotest lediglich auf die obige Behauptung stützt, oder ob noch weitere Wahlanspruchsgründe von Seiten der Freisinnigen beigebracht sind.

Nationalliberaler Terrorismus. Aus dem „B. r. r. e. i. c. h. S. t. u. m.“ wird der „L. Volksztg.“ geschrieben: „Dieser waren bei den vielen Prozessen, in denen sich die Zentrumsmitglieder mit den Nationalliberalen herumblagten, nicht die Ultramontanen die Beltrugenden. Dieser Tage aber ist es gelungen, auch mal einen Nationalliberalen, den Verantwortlichen eines im Dienste der Stummrei Lebenden Blattes, hincinzulegen. Nach der Reichstagswahl hatten die Zentrumsführer Pfarrer Dr. Becker, Pfarrer Schütz und Redakteur Lehnen einen Aufruf zur Unterstützung der wegen ihrer Abstimmlung gemäßigten katholischen Arbeiter erlassen. Das Kreisblatt, die „Saar- und Bliesztg.“, bezeichnete den Aufruf als ein Pamphlet und warf den Unterzeichnern Mißbrauch der geistlichen Gewalt, Arbeiterverhöhnung, die sie mit wahrer Wollust betrieben, usw. vor. Auf die Privatklage der beiden Pfarrer und des Redakteurs verurteilte das Schöffengericht in Neunkirchen den Kreisblattredakteur zu 100 Mk. Geldstrafe. Auf die Widerklage wurde der Zentrumsredakteur zu 20 Mk. verurteilt. Es wurde in dem Prozeß durch die Beweisaufnahme festgestellt, daß in der Druckerei der „Saar- und Bliesztg.“ den Siegern der Beitrag zum nationalliberalen Wahlverein vom Lohn abgezogen worden ist, und der Faktor konnte nicht bestreiten, daß er den Widerspruch der Seher mit den Worten abgetan habe: „Beiß Brot ich ess, beiß Vieh ich find.“ Ein Seher bekundete, daß er bei dem Kreisblatt entlassen wurde, weil sein Vater im Zentrumswahlkomitee war. — Was sagen die frechmühtigen „L. u. z.“ zu dieser gerichtlichen Feststellung, die, wie sonst leblich über „sozialdemokratischen Terrorismus“ zeteren können?

Homöopathischer Terrorismus. Im Großherzogtum Hessen haben die homöopathischen Ärzte, wie in den meisten andern deutschen Bundesstaaten, das Recht, ihre Rezepte selbst zu bereiten und kostenfrei an ihre Patienten abzugeben. Obgleich sich im ganzen Großherzogtum nur 6 homöopathische Ärzte gegenüber 700 nicht-homöopathischen befinden, hatten letztere durch „wiederholt und dringend“ an die Regierung gestelltes Ersuchen es fertig gebracht, daß diese eine Verordnung erließ, welche den homöopathischen Ärzten das Selbstdispensieren verbietet. Gegen diese Verordnung wandten sich nicht nur die homöopathischen Ärzte, sondern auch eine große Anzahl Krankenkassen beschwerdeführend an den Landtag. Am vorigen Mittwoch stand die Angelegenheit im Landtag zur Debatte. Der Regierungsvizepräsident Geh. Obermedizinalrat Dr. Reibhart führte aus, daß die Regierung zu dem Erlaß des Verbotes durch die nicht-homöopathischen Ärzte gezwungen worden sei; dieselben hätten gedroht, aus dem Gesundheitsausschuß usw. auszutreten, wenn die Regierung ihren homöopathischen Kollegen das Selbstdispensieren nicht verbiete. Genosse A. Belung nagelte diesen Terrorismus fest und fragte, ob die Regierung den Drohungen auch dann nachgegeben haben würde, wenn dieselben von Arbeitern ausgegangen wären. Die Kammer ersuchte schließlich mit allen gegen 7 Stimmen die Regierung ihr Verbot zurückzuziehen. — Ob der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Mugdan, der so viel vom Terrorismus der „sozialdemokratischen Krankentassenverbände“ gegenüber den Ärzten zu erzählen wußte, diesen Terrorismus seiner Kollegen gegen die Anhänger der homöopathischen Heilmethode in sein Werkbuch eintragen wird?

Der Buddhismus in Hessen kam am Donnerstag in der Kammer dieses Bundesstaats zur Erörterung. Unser Genosse Cramer brachte eine Maßregelung von Arbeitern in der Darmstädter Wagenreparaturwerkstätte der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft, wo sieben Arbeiter wegen deren Zugehörigkeit zum Hamburger Eisenbahnerverband unter Verstoß gegen die Koalitionsfreiheit gekündigt wurde, zur Sprache. Finanzminister Gnauth bedauerte, daß die Regierung nicht in der Lage sei, sich in die Grundfrage der Gemeinschaftsverwaltung in dem vom Abgeordneten Cramer gewünschten Sinne einzumengen. Letzterer erklärte darauf, trete einmal eine Katastrophe ein, so trage die Halskarrigkeit der Verwaltung die Schuld daran. — Der heftigsten Regierung ist also die Methode Bude ebenfalls zuwider; nur kann sie, weil ihr durch den Vertrag die Hände gebunden, nichts machen.

Meine politische Nachrichten. Wie die Nationalist. „Frf.“ hört, wird die Vorlage wegen Entlassung des Reichsgerichts etwa gegen Ende dieses Monats dem Reichstags gehen, voraussichtlich also erst nach der Osterferienung zur Beratung gelangen. — Das „Koburger Tageblatt“ erzählt, der Vertreter der Koburger gotthaischen Regierung habe im Bundesrat gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes gestimmt. — Im weimariischen Landtag haben die Agrarier das Verlangen auf kriminelle Verstrafung des Kontraktbruchs der ländlichen Arbeiter gestellt. — Ganz wie in Deutschland hängt auch der derzeitige italienische Kriegsminister General Bodo an, die Soldaten auf den Sozialismus und seine Kulturideen aufmerksam zu machen, indem er durch Korpsbefehle die Offiziere scharf macht, auf revolutionäre Literatur in den Kasernen zu scharfen. — Die Londoner „Ball Mall Gazette“ meldet, Kolonialsekretär Milner habe die Zustimmung des Königs für die Einfuhr chinesischer Arbeiter in Südafrika erhalten; wegen der schwebenden Unterhandlungen mit China wird das Gesetz jedoch erst später in Wirksamkeit treten.

Rußland.

Der Staatskapitän Gershan, der angebliche Anführer des von dem Studenten Balmaschew verübten Mordanschlags auf den Minister Sipjagin, wurde nach einer offiziellen Meldung aus Petersburg am 10. März mit seinen beiden Genossen, die er angegeben hatte, zum Tode durch den Strang verurteilt. Als das Urteil verlesen wurde, warf Gershan sich angeblich auf die Knie und bat den Gerichtshof gütlich um Gnade. — Die Komplizen Gershans sind bereits am letzten Sonnabend in Schlüsselburg hingerichtet worden.

Oesterreich-Ungarn.

Bergarbeiterstreik. In einem Schachte der Salgotarjaner Bergwerksgesellschaft sind, wie aus Budapest gemeldet wird, 300 Arbeiter in den Streik getreten. Der Schacht ist von Gendarmen besetzt.

Italien.

Angenommen und wieder abgelehnt. Die Deputiertenlehnte den Gesetzesentwurf betreffend die Sonntagsruhe, der Freitag in einfacher Abstimmung angenommen worden war, Sonnabend in namentlicher Abstimmung mit 152 gegen 87 Stimmen ab.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 14. März 1904.

Die Bürgererschaft ließ in der heutigen Sitzung durch Pastor Evers den Senat über seine Stellungnahme zur Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes interpellieren. Senator Dr. Eschenburg erklärte, daß Lübeck sich im Bundesrat der Stimme enthalten habe. In namentlicher Abstimmung wurde darauf mit 78 gegen 9 Stimmen folgender Antrag Evers angenommen: „Die Bürgererschaft wolle beschließen, ihrem förmlichen Bedauern Ausdruck zu geben über die hohen entgegen genommenen Erklärung des Senats.“ Dagegen stimmten: Dr. Baethke, Dobberstein, Dr. Görz, Mühsam, Pape, Quittenstädt, Dr. Sommer, Legtmeyer und Thiele. Für denselben stimmten u. a. die „freisinnigen“ Bürgerchaftsmitglieder Heise und Rosenquist.

Eine vernichtete Existenz. Als j. Jt. das Privatlooswesen verstaatlicht wurde, da erhoben wir die Forderung, anstatt den existenzlos gewordenen Privatloosisten einige Tausend Mark Entschädigung zu gewähren, diese mit in den Staatsdienst zu übernehmen. Das wäre der einzig richtige Ausweg gewesen, und man hätte damit gleichzeitig ausgleichende Gerechtigkeit gelebt. Leider erfüllte man unsere Forderung nicht, sondern verfolgte z. B. dem 61 Jahre alten Privatloosisten Gerlich eine Summe von 4000 Mk. und glaubte, damit genügend getan zu haben. Alle weitergehenden und von H. mit Energie verfolgten und wohlbegründeten Ansprüche wurden abgelehnt, jedoch also der im Kampf mit Stürmen und Unbilden der Witterung ergraute Mann sich mit 4000 Mk. eine neue Existenz gründen muß. Die einzigste Möglichkeit, sich eine solche zu schaffen, liegt für ihn erklärlicherweise nur in der Errichtung einer Wirtschaft am Hafen. Als er nach fast einjährigem Bemühen schließlich ein hierfür geeignetes Haus an der Trave gefunden hatte, hoffte er natürlich, nunmehr hinsichtlich der Konzessionserteilung auf keine erheblichen Schwierigkeiten zu stoßen, zumal er doch gewissermaßen durch den Staat seiner Existenz beraubt worden war. Doch weit gefehlt! Das Polizeiamt lehnte die Konzessionserteilung ab und die Rekursbehörde schloß sich, wie schon kurz gemeldet, diesem Bescheide an, weil „kein Bedürfnis vorliege“, trotzdem H. sich bereit erklärte, das Lokal den Vorschriften der Baubehörde entsprechend auszugestalten. Da wohl keine Aussicht vorhanden ist, daß H. an der Trave jetzt überhaupt eine Konzession erhält, so ist die Existenz des Mannes vernichtet. Wir hätten es für richtiger gehalten, wenn die Rekursbehörde, wie in dem Falle des Gastwirts Tell, dem man ohne Rücksicht auf die Bedürfnisfrage in der Fleischhauerstraße die Konzession erteilte, auch hier ein Einsehen gehabt und den ablehnenden Bescheid des Polizeiamts aufgehoben hätte.

Eine öffentliche Volksversammlung tagte am Sonntag im Baetau'schen Lokal in Fackenburg. Der Sekretär des Zentralverbandes der deutschen Konsumvereine, H. Kauffmann-Hamburg, sprach über „Gewerkschaftsbewegung und Genossenschaftswesen.“ Der Grundgedanke des Vortrages war, daß durch die in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in Deutschland einsetzende Entwicklung der Produktionsweise vom handwerksmäßigen Kleinbetrieb zum kapitalistischen Großbetrieb die Arbeiter gezwungen waren, zu den heute bestehenden modernen Gewerkschaften zusammen zu treten, um ihre Lebenshaltung nicht herabdrücken zu lassen. Um nun zu verhindern, daß die kleinen Erfolge, welche die Gewerkschaften auf dem Lohngebiete erringen, nicht „für die Kap.“ sind, sei es nötig, daß die Arbeiter sich auch zu Konsumanten-Vereinigungen zusammenschließen, welche, durch den möglichst direkten Warenbezug von der Produktionsstelle, den Zwischenhandel ausschalten. Diese Vereine könnten bessere Qualität der Ware zu oftmals niedrigeren Preisen liefern, wie die Händler. Das Geld des Arbeiters erlange dadurch größere Kaufkraft. Die ca. 100 Anwesenden folgten mit großem Interesse den Ausführungen des auf dem Genossenschaftsgebiet wohlvertrauten Redners. — Im Finale seines Vortrages stellte Kauffmann es als „schmählich“ hin, daß in Lübeck mit seiner so erfreulich starken politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung noch kein Konsumverein existiere. Wohl um für diese Worte den nötigen Resonanzboden zu haben, waren zu der Versammlung die Vorstände der Lübecker Gewerkschaften brieflich eingeladen worden. Für diejenigen, welche der Einladung gefolgt waren, wird der Gedanke, daß, so lange Lübeck eines Konsumvereins Kämmerlakens entbehrt, die durch gewerkschaftliche Tätigkeit errungenen Vorteile „für die Kap.“ seien, wenig Sympathie haben. Stodolsdorfer ergänzte dann noch die Ausführungen des Referenten, „natürlich“ nicht in der Weise, daß sie den erfreulichen Zustand und die beachtliche Lage der Stodolsdorfer Arbeiter nach Gründung des Konsumvereins schilderten oder auch nur annähernd die kleinen Vorteile zum Besten gaben, welche ihnen der Konsumverein gebracht hat, nein, man rüffelte die Lübecker ab ihrer Minderwertigkeit gehörig ab. Ein Redner machte sogar die Entdeckung, daß die Lübecker — j. h. l. a. f. n. — was natürlich große Heiterkeit bei den anwesenden Lübeckern hervorrief. Von diesen nahmen dann auch einige Gelegenheit, ihre Stellung zur Gründung eines Konsumvereins darzulegen. Der Referent suchte in seinem Schlußwort

die geäußerten Bedenken zu widerlegen. Den Konsumvereinsfreunden legte er ans Herz, nächstens in Lübeck eine Versammlung zu berufen, um auch dort das Interesse an der Konsumvereinsbewegung mehr zu heben. Zum Schluß wurde eine Resolution, welche das Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten ausdrückte, angenommen.

Wieder ein Erfolg der Organisation. In der am Sonnabend abgehaltenen Versammlung der Lapezere-Zwangsgewinnung wurde nach einer eingehenden Begründung der Normallohn um 5 Proz. erhöht, sowie ein allgemeiner Aufschlag von 5 Proz. gewährt. — Werden die Indifferenten aus diesem Erfolg der Organisation die richtige Lehre ziehen und sich Mann für Mann den für eine Besserstellung der Lebenslage der Arbeiter ringenden Verbänden anschließen?

Achtung, Zimmerer! Ueber die Firma Aktien-gesellschaft für Hoch- und Tiefbau, vorm. Gebr. Feilmann, (Bahnhofsbau), ist die Sperre verhängt worden.

Arbeiterzivilo. Auf den Dubeca-Werken geriet Sonnabend der Arbeiter G. W. o. h. n. mit der rechten Hand unter die Stanze und quetschte sich leider 2 Finger ab.

Wegen Sittensverbrechen erhielt der Barbier Sommer, der, wie fr. Zt. gemeldet, mit seinem Lehrling unzüchtige Handlungen vorgenommen hatte, am Sonnabend von der Strafkammer 3 Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust zubüßte. Der Lehrling wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Erloschen ist die Notlauffeuchte unter den Schweinen des Mühlenbesizers C. Wichmann zu Behlendorf.

Zum gerichtlichen Verkauf gelangt am 29. April das Cronsförder Allee 129 belegene Grundstück des F. G. J. Martens.

Für den Fuhrwerksverkehr gesperrt ist ab heute die Straße der Straße bei St. Johannis von der Fleischhauer- bis zur Johannisstraße.

Personalien. Der Senat hat den pensionsberechtigten Hilfsarbeiter am Steuerbureau H. J. Rettau zum Steuerassistenten und Vollziehungsbeamten ernannt und seinen Amtsantritt auf den 1. April 1904 festgesetzt.

Handelsregister. Am 11. März 1904 ist bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Firma Twofel, G. m. b. H. in Lübeck eingetragen worden: Die Firma ist erloschen.

pb. Sieckbesetzung. Festgenommen wurde ein Tischler-geselle aus Rathsdammis, der seitens des königlichen Amtsgerichts in Stolp wegen Hausfriedensbruchs und Erregung ruhestörender Lärms steifriedlich verfolgt wird.

pb. Fahrraddiebstahl. Am Sonnabend den 12. d. M. abends gegen 9 Uhr wurde vom Hausflur einer Wirtschaft in der Hügitraße ein Fahrrad, Marke „Kampfer“, mit der Erkennungsnummer 5170, neu eingeleiteter Lenkstange, neu aufgelegtem Vordermantel und gerader Vordergabel gestohlen. Das Rad ist schwarz lackiert.

Odesloc. Infolge des Zimmererstreiks sind die hiesigen Tischler bei der Firma S. Comdühr, Baugeschäft, ausgesperrt worden. Zugang ist streng fernzuhalten. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten, da die Sperre über die Werkstatt verhängt ist. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck erjucht.

Nahenburg Zwei Selbstmordversuche wurden in den letzten Tagen hier verübt. Wegen verheimlichter Liebe versuchte ein 19-jähriger Bäder, sich mittels eines Dolchmessers zu erstechen. Als das nicht gelang, schoß er sich eine Kugel in die Brust. Man hofft, den Schwerverletzten am Leben zu erhalten. — Ein Schlachter, der wegen Kontrollvergehens auf der Wache interniert war, brachte sich einen Schnitt in den Hals bei. Man brachte den glücklicherweise nicht schwer Verletzten in das Garnison-lazarett.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Die Kieler Strafkammer verurteilte den Schurkemann Ernst Lebrecht Orfert wegen fortgesetzter Mißhandlung des in die Ehe mitgebrachten Kindes seiner Frau zu 100 Mk. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis. — Die ausgemietete Haushälterin Wittgaardt aus Scherrebek wurde wegen unerlaubter Rückkehr zu einem Tage Haft verurteilt. — Freitag Abend 10 1/2 Uhr wurde bei der Ueberfahrt auf dem Blankenberger Bahnhofe ein Mann überfahren und getötet. Die Persönlichkeit ist noch nicht rekonstruiert. — In Niederflück brannte Sonnabend Abend die Lindenmann'sche Windmühle total nieder. — Die Handelskammer zu Oldenburg hat die Veranstaltung einer allgemeinen Landes-Industrie-, Gewerbe- und Kunstausstellung für das Großherzogtum im Jahre 1905 unter dem Protektorate des Großherzogs beschlossen.

Hamburg. Liberale Scharfmacher. Die Liberalen in Hamburg wollen jetzt sogar mit der famosen Zentralstelle zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in Berlin in Verbindung treten, um den Schmerz vom roten 12. Februar zu lindern. In einer Zusammenkunft liberaler Vertrauensleute wurde diese Idee zutage gefördert. Nicht ganz ohne Widerspruch. Ein Redner führte z. B. aus, daß die Sozialdemokraten den gebildeten Bürgern in der Kenntnis der volkswirtschaftlichen Fragen weit überlegen seien. Der liberale Bürger könne nicht mit ihnen diskutieren, weil er die gegen die Sozialdemokratie gerichtete Literatur nicht kenne. Das müsse anders werden, denn die Zeit, da man seinen Kezels- und Skatbruder in die Bürgerchaft gewählt habe, sei vorbei. Diese Ausführungen verraten den Grund, warum die tapferen Liberalen während der Wahlbewegung so vorzogen, Sozialdemokraten keinerlei Abneigung zu gestatten und warum sie selber sich in den Arbeiterversammlungen niemals sehen ließen. Wie aus bürgerlichen Kreisen verlautet, befinden sich gesetzgeberische Maßnahmen in Vorbereitung, die das Eindringen der Sozialdemokratie in die Verwaltungsdeputationen verhindern sollen. So reiht sich bei den Liberalen eine Ungeselligkeit, ein Gewaltstreich an den anderen. Sie sind von den Scharfmachern mit dem bloßen Auge nicht mehr zu unterscheiden. — Die Fraktionsverhältnisse der Hamburger Bürgerchaft stellen sich jetzt wie folgt: Von bisher 59 Mandaten zählt die Linke jetzt 18. Das Zentrum hat seinen bisherigen Bestand von 15 Mandaten behauptet. Die Rechte, die bisher 52 Sitze hatte, hat 2 gewonnen, die Sozialdemokratie hat statt 1 in Zukunft 13 Vertreter, die Antisemiten dagegen statt 3 nur 1.

Güstrow. Schurkengericht. Der vielfach vorbestrafte Arbeiter August Unrau aus Bül war geständig, am 3. Februar sich eines Hausfriedensbruchs schuldig gemacht und aus Rache gegen seinen Dienstherrn einen zur Bötter Mühle gehörigen Stall in Brand gesetzt zu haben. Das Urteil lautete auf 7 Jahre und eine Woche Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. — Zur Verurteilung des Postkassisten Schulz wird mitgeteilt, daß derselbe von einer Anzahl Personen zu hohe Zeitungs-gelder erhoben und diese Mehrbeträge, sowie andere von ihm eingezogene Zeitungsbezugs- und Zeitungsbestellgelder

für sich behalten und verbraucht und unrichtige Buchungen vorgenommen hatte.

Lüneburg. Ein sozialdemokratischer Diskussionsredner auf einem alten welfischen Adelssitz, das dürfte wohl nicht allzu häufig vorkommen. Dieser Fall aber hat sich anlässlich des Wahlkampfes im 16. hannoverschen Wahlkreis ereignet. In Eversen (Amt Bergen) hatte man den Welsen sämtliche Lokale am Orte verweigert; sie waren deshalb gezwungen, die Versammlung auf dem Gute des welfischen Herrn v. Harling abzuhalten, wo einige Zimmer des Verwaltungsgebäudes zu diesem Zweck hergerichtet wurden. Es sprachen Freiherr v. Hohenberg, Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Celle, und Rechts-anwalt Delschläger-Lüneburg. Ihnen trat Genosse Emil Fischer-Hamburg entgegen. Die Versammlung auf dem alten welfischen Adelssitz nahm einen recht interessanten Verlauf. Öffentlich haben sich die Vorfahren des Herrn v. Harling nicht im Grabe umgedreht.

Lübecker Stadttheater.

Auf der Sommerfrische, Schwant in 3 Akten von Albert Stollen. Sonnabend führte man auf unserer Bühne neben Flotow's „Strabella“ zum ersten und hoffentlich auch letzten Male den bereits — so sagte wenigstens die Reklame — in Wandsbät „mit kolossalem Erfolge“ gegebenen Schwant „Auf der Sommerfrische“ auf, den ein Herr Alb. Stollen, wenn wir nicht sehr irren ehemals Zahnarzt in Lübeck, auf dem Gewissen hat. Wie die Direktion dazu kommen konnte, diesen Schwant herauszubringen, ist uns einfach undegreiflich. Zwei Akte haben wir den blühenden Wobstinn ausgehalten, da wurde es uns aber doch zu stark; wir zogen es vor, uns seitwärts in die Büsche zu schlagen. Man läßt sich den Wobstinn schließlich noch gefallen, wenn er geistreich ist; indessen von Geist war in dem Stollen'schen Schwant keine Spur zu finden. Es gehört schon eine ziemliche Naivetät dazu, wenn es die funktionsfähigen Wandsbäer Theaterbesucher fertig bekommen, dieses monströse geist- und witzlose Machwerk mit „kolossalem Erfolg“ aufzunehmen. Halbwegs verständige Leute werden vielmehr angeeddet. Wir verzichten darauf, noch weitere Worte über den Schwant zu verlieren und können nur nochmals unser Bedauern darüber aussprechen, daß die Direktion sehr schlecht beraten war, als sie sich dieses Dilettantenstückes so warm annahm.

In Verdi's „Aida“ sang am Sonntag zum ersten Male Herr Mauritz die Partie des Radames. Unser L.-Mitarbeiter schreibt uns folgendes darüber: Wenn man in Betracht zieht, daß vor ihm Herr Pennarini aus Hamburg den ägyptischen Feldherrn gab, so wurde dem jungen Künstler seine Aufgabe dadurch doppelt schwer gemacht; denn die Erinnerung an seinen bedeutenden Vorgänger machte sich doch vielfach geltend. Um so ehrenvoller ist es für Herrn Mauritz aber, daß man ihn ohne weiteres — nachdem man ihn gehört hatte — neben seinen Hamburger Kollegen stellen kann. Selten noch ertönte sein prächtiger, ausgiebiger Tenor so voll und glodenrein wie am Sonntagmittag. Der jubelnd und kraftvoll vorgetragene Gruß „Ich seh' ich wieder, o meine Aida!“ war ebenso wirkungsvoll wie der wehmütig und mit tiefer Empfindung gelungene Abschied vom Leben „Geb' wohl, o Erde, o du Tal der Tränen!“ Der Künstler leistete aber nicht nur gefanglich bedeutendes, sondern er wurde auch in der Darstellung seiner Rolle durchweg gerecht; belien's unterstützte ihn dabei allerdings auch seine kraftvolle, prächtige äußere Erscheinung. Da auch die übrigen Partien wieder vorzüglich besetzt waren, so war es selbstverständlich, daß die zahlreichen Zuhörer das grandiose Werk mit Begeisterung aufnahmen.

Beste Nachrichten.

Tiffit. Gegen den Kurpfuscher Schröder, der sich als Magnetopath gerierte und den Leuten ihre Krankheit aus den Augen zu lesen vorgab, ist nach mehrwöchentlicher Verhandlung am Sonnabend das Urteil gefällt worden. Schröder wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, wovon 16 Monate Unersuchungshaft abgerechnet werden. Das Augenglas, das Schröder bei der Untersuchung benutzte, wurde eingezogen und der Antrag auf vorläufige Haftentlassung abgelehnt. Die Ehrenrechte wurden dem Angeklagten nicht aberkannt. Der Staatsanwalt hatte 3 1/2 Jahre Gefängnis u. 3 1/2 Jahre Ehrverlust beantragt.

Breslau. Infolge des schmelzenden Schnees ist wieder Hochwasser eingetreten. Zwei Arbeiter, die von der Deutschland-Grube über geliefertes Holz Quittung holen wollten, brachen auf dem Eise der Neiße ein und ertranken.

Berlin. Durch Selbstmord dem Gefängnis entzogen. Der Bankbeamte Brüz, der in Stellung bei der hiesigen Subdirektion der Bremer Lebensversicherungsbau 30 000 Mark unterschlagen hatte, erschloß sich am Sonnabend im Vorort Großlichterfelde, als er verhaftet werden sollte.

Salle a. S. Der Abschluß einer Eheirung. Das Schwurgericht verurteilte die 24-jährige Frau des Bahnexpedienten Wallenberger, Mutter von acht Kindern, wegen versuchter Erziehung ihres Mannes zu 9 Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. Der Liebhaber der Frau, der ledige, 23 Jahre alte Maler Stannarius, wurde wegen Anstiftung zu acht Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Arnsberg. Ein Brudermörder. In Witten a. d. R. stellte sich Johannes Greshel der Polizeibehörde unter der Angabe, er habe in der vorletzten Woche seinen in Weihen als Prostituiert tätigen Bruder Kurt Greshel durch Cyanalkali vergiftet. Die Ursache zum Brudermord liegt in der Weigerung des Ermordeten, ihm weiter in seinem Fortkommen behilflich zu sein. Der Brudermörder wurde in Haft genommen.

Düsseldorf. Unschuldig verurteilt. Im Wiedernahmeverfahren sprach am Sonnabend die hiesige Strafkammer den Richter Joseph Braun und den Tischler Blanke, die wegen schweren Einbruchdiebstahls zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden waren, wegen völliger Schullosigkeit frei. Die beiden hatten bereits einen erheblichen Teil der gegen sie erkannten Strafe verbüßt.

Wiesbaden. Mit Arbeitergroßen durchgebrannt. Der aus Berlin stammende Unternehmer, der in der Gemeinde Zumbach mit der Herstellung der Drainage beauftragt war, ist unter Mitnahme des Lohnes der Arbeiter seit einigen Tagen verschwunden. Donnerstags Nachmittag zogen die Arbeiter, etwa 40 Mann, vor die Bürgermeisterei und forderten ihr Geld. Dabei kam es zu heftigen Tumulten, so daß die Gendarmen von Wiesbaden telephonisch herbeigerufen werden mußte.

Wien. Revolverattentat eines Irriinnigen. Der Ministerialsekretär des ungarischen

igen Ministeriums a latere, Graf Georg Napoleon Czaky gab am Freitag um 7 Uhr abends auf eine die Ringstraße passierende junge Dame zwei Revolverkugeln ab, wodurch die Dame am Oberkörper und in der Brustgegend schwer verletzt wurde. Die Verletzte ist die Gattin eines Geschäftsreisenden Namens Bradenes. Graf Czaky behauptete bei seiner Festnahme, er habe nur jemanden umbringen wollen. Die Frau, die sein Opfer geworden, lenne er gar nicht. Alle anderen Fragen wollte er nicht beantworten. Freitag Nacht noch wurde Graf Czaky zur Beobachtung seines Geisteszustandes in das Inquisitionspital des Landgerichts gebracht.

Petersburg. Räuberischer Ueberfall auf eine Bank. Sonnabend Nachmittag überfielen sieben Räuber in lauffähiger Kleidung, stark bewaffnet, die Filiale der russisch-chinesischen Bank in der Station Neu-Buchara der Transsibirischen Eisenbahn und verwundeten zwei Direktoren und noch eine Person. Beamte der Bank stürzten sich erschreckt aus dem zweiten Stockwerk des Gebäudes auf die Straße hinab und erlitten schwere Verletzungen. Die Räuber entkamen, ohne etwas geraubt zu haben.

Gestern nachmittag 2 1/4 Uhr starb nach schweren Leiden unsere Tochter **Erna** im Alter von 3 Monaten. Tief betrauert von ihren Eltern und Geschwistern **J. Busch u. Frau**, geb. Lange

Verpätet.
Verband d. Banarbeiter, Moisling.
Nachruf.
Am Mittwoch den 9. März starb unser Kollege **Heinr. Burmeister.**
Ehre seinem Andenken.
Der Vorstand.
Für die herzlichsten Glückwünsche seiner Kinder dankt bestens.

A. B.
Zum 1. April Wohnungen von 3 Zimmern mit allem Zubehör preiswert zu vermieten
Gebebergstraße 9, 1.

Zu vermieten eine Wohnung
2 Zimmer und alles Zubehör, Preis 190 Mk.
Witzdestraße 72.

1 kleine Wohnung zu vermieten
Lichte Querstraße 20.

Einfach möbl. Zimmer für 2 junge Leute zu vermieten
Fischergrube 33, 1.

Ein freundl. Logis zu vermieten
Schützenstraße 56, 1.

Gesucht
ein tüchtiger Schuhmachergeselle.
Otto Sauck, Süßstraße 59.

1 guterhalt. Kinderwagen
mit Gummireifen
und ein Sportwagen
billig zu verkaufen. Süßstraße 31, 1. Et.
Franz. Boninchen zu verkaufen
Hagenburger Allee 33 b.

Konfirmations-Karten
hochfeine 5 Pfg.-Karten, 3 zu 10 Pfg.
bis zu den feinsten sehr billig
bei
Carl Lüdecke
Arnimstraße 3.

Reinigungsuren Magen- u. Darmleiden, Sodbrennen, Aufstoßen, Aufsteigen eines Säurels b. z. Salie, Abgang von Würmgeiern, Appetitlosigkeit, weiches und schaumiges Stuhl, Kopfschmerz, Nabelschmerz u. sind sichere Kennzeichen von **Wurmkrankheit!** Sandwurmer u. Rind, Spul- und Madenwürmer u. Bandwürmer werden radikal, schmerzlos u. gefahrlos, ohne Fernschreibung in 1-2 Stunden entfernt. Ueber 2000 Zeugnisse garant. b. Erfolg. Angabe v. Alter, Geschlecht, allgem. Kräftezustand, mit deutlicher Adresse an **Th. Kometzky Spezialist, in Stein, St. Margan, S 151, Schwab, Straßporto 20 Pfg.**

Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarten
per 100 Stück von 1 Mk. an.
Die Buchdruckerei des Lübecker Kaiserstr.


Uhren reinigen . 1.50
Federn einsehen . 1.50
1 Jahr Garantie.
Uhrmacher 1. Qual. 0.30
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Süßstraße 32.

Holzarbeiter-Verband
Außerordentliche
General-Versammlung
am Dienstag den 15. März
abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Verhandlung des Vorstandes über den Jahresbericht.
2. Bericht über den Geschäftsverlauf.
3. Beschlußnahme.
Der jährliche Geschäftsbericht erscheint
Die Kassabuchhaltung.

Briefkasten.
Alter Abonnent. Die Gebührenordnung für Hebammen macht keinen Unterschied zwischen ehelichen und unehelichen Kindern. Die Höhe der Entbindungskosten richtet sich ganz danach, ob die Entbindung leicht oder schwer war, wie viel Besuche die Hebamme vorher gemacht hat usw.

Quittung.
Für den Preßfonds gingen ein
Durch M. 20 Mk.
Friedr. Meyer u. Co.

Lübecker Marktbörse vom 12. März.
Bauern-Butter Pfd. 1.20 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1.30 Mk.
Hafen St. — Mk., Enten St. 3.50 Mk., Hühner St. 2.— Mk., Küten St. — Mk., Lauben St. 0.60 Mk.
Gänse Pfd. — Pfg., Hühners 3.50 Mk., Schweinekopf Pfd. 0.45 Mk., Schinken Pfd. 0.88 Mk., Würstl Pfd. 1.15 Mk.
Eier 10 Stk. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. 0.90 Mk., Karaulen Pfd. 80 Pfg., Geste Pfd. 30 Pfg., Barische Pfd. 30 Pfg., Mal Pfd. 0.90 Mk.

Sternschanz-Viehmarkt.
Hamburg, 12. März.
Der Schweinehandel verlief gut.
Zugeführt wurden 1450 Stück. Preis: Sengschweine — Mk., Versandtschweine, schwere 46-47 Mk., leichte 46-47 Mk., Sauen 40-46 Mk. und Ferkel 41-46 Mk. pro 100 Pfund.

Geschäfts-Eröffnung.
Hiermit dem geehrten Publikum zur gest. Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage
25 Geberdesstraße 25
eine
Kolonialwaren-, Konserven-, Flaschenbier-, Gemüse-, Kartoffel-, Tabak-, Zigarren- u. Brennmaterialien-Handlung
eröffnet habe. Auch gebe auf fast sämtliche Waren **grüne Rabattmarken gratis.** Es wird stets mein Bestreben sein, meine verehrten Kunden prompt und reell zu bedienen. Auf Wunsch auch Semmeln frei ins Haus.
Hochachtungsvoll
Richard Goldammer.

zur Konfirmation
empfehlen unsere
prachtvollen Konfirmations-Karten
in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.
Lübecker Gesangbücher
von 3,50 Mk. an.
Unsere Kolporteurs nehmen ebenfalls Bestellungen an.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Wiederverkäufern gewähren wir hohen Rabatt.

Fein-, Weiss- und Grob-Bäckerei
von **Chr. Busch, Marienthal,**
— empfiehlt täglich frische Backwaren. —

Zur Feier des 18. März
ist von der Buchhandlung Vorwärts eine sehr gut illustrierte

März-Zeitung
herausgegeben und ist dieselbe auch durch uns sowie unsere Kolporteurs zum
Preis von 10 Pfg. zu beziehen.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50

Deffentl. Volksversammlung
am Freitag den 18. März 1904
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße Nr. 50-52.
Tages-Ordnung:

Der 18. März.
Referent: **früherer Reichstags-Abgeordneter Otto Antrick.**
Eintrittskarten à 10 Pfg. sind bei den Bezirksleitern sowie den bekannten Stellen zu haben.
Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Ein vollständiges Bett und Bettstelle
billig zu verkaufen
Et. Kammstraße 12.

Friedr. Paetan
Mühlenstraße 27.
Spezialgeschäft für
Eisenarbeiten Pfd. 40 Pfg.
Schloßarbeiten Pfd. 40 Pfg.
sowie sämtliche Eisenwaren.
Eisenarbeiten aller Art.
Geeign. Kosten Pfd. 80 Pfg.
Kippstühle

Orts-Kranken-Kasse
in Lübeck.

Wahl-Versammlung der Arbeitgeber
Donnerstag den 24. März 1904
abends 8 1/2 Uhr
in Kempfers Gesellschaftshaus (Bürgerverein)
Königstraße 25
zur Neuwahl von Vertretern zur
General-Versammlung aus dem
Kreise der Arbeitgeber.
Es sind zu wählen 57 Vertreter und 28 Er-
stahmänner.
Vorschläge für die zu wählenden Vertreter und
Erstahmänner sind bis spätestens Freitag den
18. März 1904 an die Kassenverwaltung,
Wengstraße 28, einzureichen.
Lübeck, den 5. März 1904.
Der Vorstand.
Charles Coleman, Ad. Stuedel,
Vorstand. Schriftführer.

Orts-Kranken-Kasse
in Lübeck.

Wahl-Versammlung der Kassenmitglieder
Freitag den 25. März 1904
abends 8 1/2 Uhr
in Kempfers Gesellschaftshaus (Bürgerverein)
Königstraße 25
zur Neuwahl von Vertretern zur
Generalversammlung aus dem
Kreise der Kassenmitglieder.
Es sind zu wählen 126 Vertreter und 63 Er-
stahmänner.
Wahlberechtigt und wählbar sind nur die
jüngsten Kassenmitglieder, welche großjährig und
im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.
Vorschläge für die zu wählenden Vertreter
und Erstahmänner sind bis spätestens Freitag
den 18. März 1904 an die Kassenverwaltung,
Wengstraße 28, einzureichen.
Lübeck, den 5. März 1904.
Der Vorstand.
Charles Coleman, Ad. Stuedel,
Vorstand. Schriftführer.

Körner's Restaurant
Kupferschmiedestr. 11.
Heute Dienstag: Erbsen-Suppe.

Circus Variété.
Heute Dienstag den 15. März:
Gr. Abschieds-Gala-
Vorstellung
des
herrl. März-Spielplans
sowie
Schluss der Saison.

Stadttheater
7 1/2 Uhr. Dienstag den 15. März. 7 1/2 Uhr.
171. Vorstellung. 25. Dienstags-Abend.
Auf Veranlassung der Liter. Gesellsch. zu Lübeck.
Novität. Zum 1. Male. Novität.
Die Doppelgängerkomödie
in 3 Akten von Adolf Baur.
7 1/2 Uhr. Mittwoch den 16. März. 7 1/2 Uhr.
Zum 1. Male in dieser Saison.
Faust.
Eine Tragödie von Joh. Wolff v. Goethe.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Artikel „Lokal und Anzeigen“, sowie der mit J. H. gepublizierten Artikel und Notizen: **Johannes Stilling** — Druck: **Lübecker Schwab**
Verantwortlicher Redakteur für die Artikel „Lokal und Anzeigen“, sowie die mit J. H. gepublizierten Artikel und Notizen: **Johannes Stilling** — Druck: **Lübecker Schwab**
Lübeck, den 12. März 1904.

Der 1. Heimarbeiterschutz-Kongress

liegt hinter uns. Ueberblickt man die Verhandlungen, so erkennt man so recht den kleinsten Standpunkt, ja die grenzenlose Borniertheit, in welcher die Regierung befangen war, als sie es ablehnte, sich auf dem Kongress vertreten zu lassen. Jede Rede, die dort gehalten wurde, war eine Anklage gegen die Regierung, eine auf Tatsachen gegründete Anklage. Wohl niemals ist auf einem Kongress eine solche Fülle von Tatsachen-Materialien geboten worden, wie auf dem Heimarbeiterschutzkongress. Mag die Regierung auch vorläufig blinde Kuh gespielt haben, sie wird nicht umhin kommen, den Beschlüssen des Kongresses Beachtung zu schenken.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß der Kongress einstimmig eine Resolution angenommen hat, in welcher die dazu niedergesetzte Kommission die Forderungen des Kongresses niedergelegt. Wir wollen nunmehr die Resolution in ihrem Wortlaut noch nachtragen; sie lautet:

„In der modernen Produktionsweise ist die Hausindustrie eine Betriebsform, die durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit für die Arbeiter und Arbeiterinnen die schwersten Schäden in wirtschaftlicher und physischer Beziehung zur Folge hat und den Unternehmern die Umgehung der Arbeiterschutz- und Versicherungsgeetze ermöglicht. Sie ist infolge ihrer ungesunden Arbeitsstätten ein Herd infektiöser Krankheiten, sowohl für die Produzenten, als auch für die Konsumenten; mithin eine Gefahr für das gesamte Volkswohl. Angesichts dieser Volksgefahr ist es Aufgabe der Gesetzgebung, in besonders gesundheitsgefährlichen Industrien die Heimarbeit zu verbieten, ferner durch geeignete Maßnahmen auf die wirtschaftliche Hebung der Lage der Heimarbeiter und Arbeiterinnen hinzuwirken und diese sowie das Gesamtpublikum vor den gesundheitsgefährlichen Gefahren dieser Betriebsform zu schützen und ihre allmähliche Einschränkung und Ablösung herbeizuführen. Der am 7. bis 9. März 1904 im „Gewerkschaftshaus“ zu Berlin tagende erste Heimarbeiterschutzkongress fordert deshalb die unterzügliche Schaffung eines Heimarbeiterschutzgesetzes, und zwar auf folgender Grundlage:

1. Auf Antrag von Arbeitern oder deren Organisationen hat das Gewerbegericht als Einigungsamt für den Ort seiner Zuständigkeit, und für eine bestimmte Gültigkeitsdauer bestimmte Lohnsätze für die Branche, für die es berufen wurde, festzusetzen. An Orten, an denen ein Gewerbegericht nicht besteht, müssen besondere Kommissionen, zur Hälfte aus Vertretern der Arbeiter, zur Hälfte aus Vertretern der Unternehmer und einem Vertreter der Gewerbeinspektion als Vorsitzenden, eingesetzt werden. Die normierten Lohnsätze dürfen nicht niedriger sein, als die in den Fabriken und Werkstätten gezahlten, und sind nach ihrer Veröffentlichung rechtsverbindlich.
2. Strenge Vorschriften über die Einrichtung und Beschaffenheit der Arbeitsstätten in der Hausindustrie, insbesondere dahingehend, daß dieselben hell, trocken, heizbar und leicht zu lüften sind und daß mindestens 15 Kubikmeter Luftraum auf den Kopf der darin tätigen Personen entfallen. Die Arbeitsstätten dürfen ferner weder zum Wohnen, noch zum Schlafen oder Kochen benutzt werden. Die Benutzung von Dach- und Kellerräumen und Arbeitsstätten ist zu verbieten.
3. Wer als Hausindustrieller oder Heimarbeiter Räume der oben bezeichneten Art in Benutzung nehmen will, hat hiervon der Ortsbehörde Anzeige zu machen und ihr die bestimmten Lokalitäten zu bezeichnen. Die Ortsbehörde hat über die erfolgte Anmeldung und darüber, daß die Räume den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen, innerhalb drei Tagen eine Bescheinigung in zwei Exemplaren kostenlos auszustellen. Die Bescheinigung muß eine Angabe über den Kubikinhalt des zu benutzenden Raumes und der Personenzahl, die darin beschäftigt werden darf, enthalten.

4. Verbot der Heimarbeit in Wohnungen und Arbeitsstätten, in welchen sich Personen aufhalten, die mit ansteckenden Krankheiten behaftet sind.
5. Desinfektion und, wenn nötig, Vernichtung derjenigen Materialien und Waren, die entgegen dem Verbot, in Wohnungen oder Arbeitsstätten lagern oder bearbeitet werden, in welchen sich Personen aufhalten, die mit ansteckenden Krankheiten behaftet sind. Die durch die Desinfektion und Vernichtung entstehenden Kosten hat derjenige Unternehmer zu tragen, für dessen Rechnung die Materialien und Waren bearbeitet werden.
6. Unterstellung der Heimarbeitstätten unter die Kontrolle der Gewerbeinspektion. Die diesbezüglichen Aufgaben müssen besonderen vollberechtigten männlichen und weiblichen Beamten übertragen werden, die vor Allem in genügender Zahl aus den Kreisen der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zu entnehmen sind.
7. Verpflichtung der Unternehmer und Zwischenmeister, eine genaue Liste der von ihnen als Heimarbeiter (Haus-Industrielle) beschäftigten Personen mit Wohnungsangabe zu führen, fortlaufend zu ergänzen und jeder Zeit den Beamten der Gewerbeinspektion vorzulegen.
8. Geeignete, für Jedermann sichtbare Kennzeichnung aller auch nur zum Teil in der Hausindustrie hergestellten Waren. Die Kennzeichnung darf erst dann entfernt werden, wenn die Ware in den Besitz des letzten Käufers übergegangen ist.
9. Ausdehnung der Kranken-, Alters- und Invaliditäts- und Unfallversicherungsgeetze, ferner der Bestimmungen der Gewerbeordnung über Arbeitszeit, Nachtarbeit, Sonntagsruhe, Wöchnerinnenschutz, Kinderarbeit und Arbeitsordnungen auf die gesamte Heimarbeit (Hausindustrie).
10. Unterstellung nicht nur der Heimarbeiter, sondern auch der Hausindustriellen unter die Gewerbegerichte bei Streitigkeiten, die zwischen ihnen und den Unternehmern (Verlegern) aus dem Arbeitsverhältnis entstehen.
11. Einführung von Lohnbüchern, in denen Art und Umfang der Arbeit, sowie die Lohnsätze bei Ausgabe der Arbeit einzutragen sind.
12. Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause an Werkstattarbeiter und Arbeiterinnen.
Arbeiten des Reiches, der Einzelstaaten und Kommunen dürfen nur an solche Unternehmer vergeben werden, die diese in eigenen gewerblichen Betrieben (unter Ausschluß jeglicher Zwischenunternehmer) anfertigen lassen und die durch Tarifverträge oder von den Berufsorganisationen der Arbeiter oder den unter 1. gebachten Kommissionen festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen erfüllen. Unternehmer, die dem zuwiderhandeln, sind von den Lieferungsarbeiten auszuschließen.
13. Verhängung wirksamer Strafen für Uebertretung der gesetzlichen Bestimmungen, für deren Einhaltung Unternehmer und Zwischenmeister in erster Linie verantwortlich sind.

Angesichts der für alle Kulturstaaten gleich großen Gefahr der Hausindustrie fordert der Kongress die deutsche Regierung auf, zu internationalen Vereinbarungen die Initiative zu ergreifen.“

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Streik der Brauhilfer, Anstreicher und Hülsarbeiter der Firma Borfig in Tegel bei Berlin wurde durch Vergleich beigelegt.

Der Verband deutscher Mühlenarbeiter hat seinen Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. Januar

1901 bis 1. Januar 1904 erscheinen lassen. Am letztgenannten Tage waren in 32 678 Betrieben 67 033 Personen beschäftigt. Die Zahl der Betriebe ist in zwei Jahren um 773 zurückgegangen, eine Folge der großkapitalistischen Mühlenindustrie. Wesentlich durch die Einwirkung des Verbandes hat sich der Durchschnittslohn der Mühlenarbeiter seit 1897 von 703 Mark auf 813 Mark erhöht. Die Zahl der Mitglieder stieg in der Berichtszeit von 1742 auf 2700. Die Fluktuation im Verbands ist eine außerordentlich große. Die Hauptlaste hat in den letzten drei Jahren 84 343 Mark vereinnahmt und wies zuletzt einen Bestand von 25 121 Mark auf. Durch rege Agitation hofft der Verband, die Mitgliederzahl wesentlich zu steigern und festzuhalten.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Dhlau wurden die von unseren Genossen aufgestellten Kandidaten einstimmig gewählt.

Eine Heimarbeits-Ausstellung ist, wie aus unserem Bericht über den Heimarbeiterschutzkongress hervorgeht, in Verbindung mit diesem Kongress veranstaltet worden. Sie diente zur Illustration der traurigen Zustände, unter denen die Heimarbeiter leiden. Der „Frl. Volksst.“ wird über die Ausstellung geschrieben: Ein unbefangener Besucher könnte diese Warenammlung, die in einem geräumigen Salon neben dem großen Saale des Gewerkschaftshauses sich befindet, für einen kleinen Bazar halten, namentlich da der Blick des Eintretenden zunächst auf die Thüringer Kinderpielzeuge fällt. Erst wenn man die Angaben über Arbeitslohn, Arbeitszeit usw. auf den beigefügtenzetteln liest, weicht der harmlos-heitere Eindruck einem düstern Ernste. Leider haben nur die wenigsten Einsender die gewünschten genaueren Angaben gemacht. Da ist zunächst die Heimarbeit in der rheinischen Metallindustrie. Einige Photographien der Wohn- und Arbeitsstätten sind zu sehen. Da steht ein Arbeiter in einem kleinen, zweifelhafte Zimmer. An einem Fenster arbeitet er, an dem anderen, dicht dabei, steht sein Bett. Andere Bilder zeigen neun- und elfjährige Knaben bei der Metallarbeit beschäftigt. In Weibert wird für das Zusammensetzen eines großen, komplizierten Tischloches 50 Pfennig bezahlt, für ein etwas kleineres 30 Pfennig. In Solingen wird für das Zusammenfügen von 100 Stück billiger Taschmesser, mit zwei Rängen, Pfropfenzieher und Glasritzer, 1,30 bis 1,40 Mk. bezahlt. Hier werden auch Zwischenarbeiten für die Nadelherstellung in der Heimarbeit verrichtet. Je 144 Stück doppelter Nadeln, wie sie roh mit der Maschine hergestellt sind, müssen mit feinem Draht an den Enden zusammengefügt werden, bevor sie wieder mit Maschinen poliert und in der Mitte auseinandergeschlagen werden. Für das Einfädeln von 140 000 Stück solcher Doppelnadeln wird 3 Mk. gezahlt! Frauen und Kinder leisten die peinliche Arbeit für diesen Jammerlohn. Sow Schwarzwalde sind die bekannten Wanduhren ausgefertigt. Angaben über Lohn usw. waren noch nicht verwertet. Aus Sonneberg in Thüringen sind die bekannten Spielwaren da. Für kleine Schächer, mit echter Wolle überzogen und auf eine Schaufel geleimt, wird 14 Pfennig pro ganzes Duzend gezahlt! Esel, mit dem Kröpf zum Rücken eingerichtet, zirka 20 Zentimeter hoch, sehr solid gearbeitet und mit grauem Plüsch überzogen, werden mit 2,40 Mk. das Duzend bezahlt. Die angewendeten Stoffe kosten dabei 1,51 Mk., so daß nur 89 Pfennig Lohn für das Duzend bleibt! Interessant, wenn auch schon bekannt, sind die Verhältnisse in der Heimarbeit für die Bekleidungskonfektion. Da ist ein Knabenanzug aus München-Blabach im Rheinland für 3-4-jährige Kinder. Für die ganze Näharbeit, ausgenommen Knopfschöber und Bügeln, aber gefüttert, erhält die Arbeiterin 85 Pfg., wobei sie aber das Garn selbst stellen muß. Sie arbeitet an dem Stück 3 Stunden 40 Min. Auch in Berlin hat die Konfektion Heimarbeiter. Für eine Frauenbluse aus Waffentuche, mit Entree und Fädelung reich ausgestattet, erhält die Arbeiterin 1,50 Mk. per Stück; Garn und Faden kosten sie

Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

78. Fortsetzung.

Der Befehl war auch, kaum gegeben, schon ausgeführt. Die Kranke wurde von einigen Choristinnen aufgefaßt und in den Wagen getragen. Die Tochter des Theaterinspektors erbot sich ebenfalls, mitzufahren, und noch hatte kaum die Hälfte des Publikums das Haus verlassen, als auch die Droßke schon in die Straße einbog, in welcher sich der Fackelzug bereits aufgestellt hatte und die Sängerin erwartete.

Durch die rasche Bewegung des Wagens und die frische Luft wich die Kranke zu den geöffneten Fenstern ein, war Konstante wieder zu sich gekommen. Sie sah wohl im ersten Moment erschrocken empor; aber nur zu rasch kam ihr die Erinnerung des Entsetzlichen, und schauernd barg sie ihr Antlitz in den Händen, denn diese Frucht aus dem Theater schien ja nur die grauenvolle Wahrheit zu bekräftigen.

Der Fackelschein rings umher — was bedeutete das nur? Sieht bog der Wagen in die Gasse ein.

„Die scheidende Künstlerin, unser verehrtes Fräulein Blenheim, sie lebe hoch, und nochmals hoch, und nochmals hoch!“

Und „hoch, hoch, hoch!“ brauste es von Tausenden von Stimmen, und das Musikorchester, welches bestimmt war, ihr abwechselnd mit einem Männerquartett das Ständchen zu bringen, fiel mit einem rauschenden Lärm ein, so daß die Bewohner der benachbarten Straßen eilig herbeigehürzt kamen, um zu sehen, was es da gäbe. Die Fackelträger schlangen dabei ihre Fackeln, und der Fackelzug wollte kein Ende nehmen.

„Um des Heilands willen, was ist das?“ rief Konstante, als der Wagen vor ihrer Tür hielt und die Sänger

ger jetzt mit ihren klangvollen Stimmen das Mendelssohn'sche Lied begannen: „Es ist bestimmt in Gottes Rat“ — „was soll das bedeuten? Was' ich denn oder träume ich?“

„Es sind Bewohner von Rhodenburg,“ sagte der Arzt verlegen, die Ihnen noch zu Ihrem Abschied von der Bühne eine Freude machen wollen.“

„Eine Freude — oh Du mein großer Gott! Aber, Doktor, um Gottes willen, was ich im Theater gehört habe, ist es —“

„Kommen Sie nur mit hinauf in Ihre Wohnung, bestes Fräulein — wir sind vor Ihrem Hause — dort oben —“

„Vor meinem Hause?“ rief Konstante rasch und geistesbleich — der Strahl der Fackeln hatte sie geblendet, daß sie die eigene Straße nicht kannte, — „vor meiner Tür? Aber wo, um Gottes willen, ist Dürrbeck, der mir jeden Abend an dieser Stelle gute Nacht sagt?“

„Kommen Sie nur hinauf,“ drängte der Arzt, „es sind hier heute zu viele Menschen, und sehen Sie, wie sie jetzt herzubrängen. Wir müssen machen, daß wir hinein kommen, oder sie sperren uns ganz ab.“

Darin hatte er Recht, denn jeder der jungen Leute, die keine Ahnung von dem traurigen Geschick der Sängerin hatten, wollte sie gern noch einmal sehen und drängte heran, und kaum gelang es ihr und ihren Begleitern, hindurch und in das Haus zu kommen.

Der Gesang löste sich fort, aber indessen lief schon von Mund zu Mund das Gerücht von des Hauptmanns Selbstmord, das sich fabelhaft schnell verbreitete. Die Sänger hörten es ebenfalls; anstatt sie ihr Lied beenden zu lassen, liefen Unberufene hinzu und verkündeten die Schreckensnachricht. Einer versummte — da noch einer — plötzlich brachen sie mitten drinn ab, von den Fackelträgern suchten schon hier und da einzelne ihre Fackeln zu verlöschen oder zogen sich schon die Straße hinab — das war kein Augenblick zu

Triumph und Freude, wie sie recht gut fühlten, aber unheimlich wurde die Drohung durch diese Störung, die sich äußerte, als ob der Tod in eine föhliche Gesellschaft trat. Die Masse der Neugierigen hatte sich allerdings noch nicht verringert, eher verdichtet, aber das Musikorchester, die Sänger zogen sich schon zurück, und lautlos zerstreuten sich auch jetzt die Fackeln, hier und da leuchtete noch eine vor — dann lag Alles finster wie die Nacht, und nur die eine an der Hofapotheke angebrachte Gaslampe warf noch ihren matten Schein über den Menschenschwarm, der jetzt zu den Fenstern der unglücklichen Braut hinaustrat.

An den benachbarten Fenstern hatte sich natürlich Alles versammelt, wie nur die ersten Fackeln sichtbar wurden, und Klängenbruchs besonders hielten ihre Stage vollkommen besetzt.

„Was das für ein Wesen ist, das um so eine Theatermamsell gemacht wird!“ sagte Henriette, die mit ihrer Mutter zusammen in einem Fenster lag. „Die Männer sind doch wirklich rein verrückt — mit einer Königin könnten sie's nicht ärger treiben!“

„Sie scheint viele Anbeter gehabt zu haben,“ bemerkte die Frau Oberleutnant, „und ich begreife eigentlich den Hauptmann nicht.“

„Ich könnte mich nicht so öffentlich auf die Bühne stellen,“ bemerkte die junge Dame, „und dann vor allen Menschen einem wildfremden Manne um den Hals fallen und ewige Liebe schwören, wie sie's alle Abende machen; dazu gehört doch eine merkwürdige Natur.“

„Du wirst auch sehr selten Leute aus wirklich guter Familie finden, die sich dazu hergeben,“ sagte die Mutter wieder; „es ist fast immer hergelauenes Volk.“

„Da kommt der Wagen!“ rief Fiska, die im Nebenfenster lag. „Oh Du meine Güte, wie sie brüllen; ich werde auch laub davon!“

Jetzt begann der Gesang, und das Ganze hatte etwas so Feterliches, daß selbst die jungen Damen einen Moment

